



## Pressemitteilung

### **Staatliche Maskenverteilung als Teil der Covid19-Exitstrategie**

#### **CSV fordert von Regierung Klarheit für Bürger, Gemeinden und Unternehmen**

Viele Menschen stellen sich in diesen Covid19-Zeiten die Frage nach dem bestmöglichen Schutz für ihre Familie und sich selbst. Ein wesentlicher Punkt ist dabei die Frage nach den Mundschutz-Masken. Die Verunsicherung ist hier besonders groß. Dies gilt für Privatpersonen. Dies gilt auch für Gemeinden und Unternehmen als Arbeitgeber. Und auch für den Staat selbst. Auch die Regierung scheint sich mittlerweile für das Tragen von Masken in der Öffentlichkeit auszusprechen. Doch noch bleiben viele Fragen offen.

Die CSV fordert deshalb die Regierung auf, unverzüglich der Öffentlichkeit ein klares und kohärentes Konzept zur Verteilung von Mundschutzmasken vorzulegen. Wenn es in Österreich möglich ist, eine Maskenpflicht im öffentlichen Raum für neun Millionen Menschen umzusetzen und die benötigten Masken in ausreichendem Maße zugänglich zu machen, muss dies auch in Luxemburg möglich sein. Dieses Konzept muss Teil eines breit angelegten nationalen Versorgungsplans sein, der alle Materialfragen beantwortet. Ein solcher Plan ist für eine Strategie zur Aufhebung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lockdowns unabdingbar.

Gebraucht werden klare und in der Praxis umsetzbare Richtlinien über den Gebrauch der jeweiligen Typen von Schutzmasken für den Gesundheits- und Pflegesektor, für Altenheime und Behindertenfoyers, für Gemeinden, für Unternehmen, für die Staatsverwaltung, für Schulen, für alle Arbeitgeber und Akteure sowie vor allem für die Bürger. Es ist Aufgabe der Regierung, diese Richtlinien vorzugeben und ihre Umsetzung zu ermöglichen.

Teil des nationalen Versorgungsplans soll ferner eine nationale und zentrale Einkaufs-, Produktions- und Verteilungsstrategie für Schutzmasken sein. Auch hier fehlt es an Klarheit und Koordination. Es ist überdies nicht akzeptabel, dass einerseits nicht ausreichend Masken für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen sollen, andererseits jedoch zahlreiche kommerzielle Angebote für Masken zu Fantasiepreisen kursieren. Solange keine flächendeckende öffentliche Ausgabe qualitativ unzweifelhafter Masken gesichert ist, muss der Parallelhandel verboten sein und geahndet werden.

Kurzum: Der Staat muss seine nationale Verantwortung übernehmen. Die Regierung und auch der Staatsminister sind in der Mundschutz- und Materialfrage gefordert. Sowohl für die Gesundheit der Bürger als auch für den Neustart der Wirtschaft. Der Staat kann seine Schutzverantwortung weder an die Gemeinden noch an die Unternehmen delegieren. Gleichzeitig müssen sowohl die Gemeinden als auch die Sozialpartner stärker eingebunden werden.

*(mitgeteilt von CSV und CSV-Fraktion, 14.04.2020)*